



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Arbeitsgemeinschaft Bonn

Arbeitsgemeinschaft Bonn· Beethovenstr. 15· 53115 Bonn

FRAGEN AN DIE WAHLKREISKANDIDATEN ZUR WAHL DES 20. DEUTSCHEN BUNDESTAGES

- 1.) Was bedeutet für Sie das Bekenntnis der Bundesregierung vor der israelischen Knesset, die Sicherheit Israels sei deutsche Staatsraison?

Es erscheint seitens der amtierenden Bundesregierung immer mehr als bloßes Lippenbekenntnis. Prüfstein für das Bekenntnis zur Sicherheit Israels ist das Abstimmungsverhalten Deutschlands bei UN-Resolutionen, die Israel betreffen. Kein anderes Land wird von den Vereinten Nationen so häufig verurteilt wie Israel. Ein Antrag der FDP dazu im März 2019, nach welchem sich die Bundesrepublik von einseitigen, vorrangig politisch motivierten Initiativen und Allianzen antiisraelisch eingestellter Mitgliedstaaten distanzieren solle, wurde nur von der AfD unterstützt. Für die AfD ist die Sicherheit Israels als deutsche Staatsraison unanfechtbar und verbindlich.

- 2.) Was werden Sie im Deutschen Bundestag unternehmen, damit die HAMAS, die in der EU als Terrororganisation eingestuft ist, in Deutschland verboten wird?

Die AfD-Fraktion im Deutschen Bundestag hatte im Juni 2019 einen Antrag auf Verbot der Hamas gestellt, der von den anderen Parteien in der Debatte zerredet wurde (es müsse eine europäische Lösung gefunden werden, das Verbot werde bereits diskutiert, der Antrag sei heuchlerisch, usw.). Ich werde mich dafür einsetzen, dass der Antrag wieder und solange weiter gestellt wird, bis der Widerstand gegen ihn bröckelt.

- 3.) Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass die Muslimbruderschaft (MB) mit ihrem Verein „Deutsche Muslimische Gemeinschaft e.V.“ (DMG), die bis 2018 unter dem Namen „Islamische Gemeinschaft in Deutschland e.V.“ (IGD) firmierte, in Deutschland verboten wird?

Ja, auf jeden Fall und mit vollem Engagement.

- 4.) Werden Sie angesichts der jüngsten Erfahrungen mit dem iranischen Regime, das den Atomvertrag JCPOA bricht und seinen Vernichtungsantisemitismus wiederholt durch vielfältiges Terrorsponsoring umsetzt, darauf hinwirken, dass die bisher offenbar zu wohlwollende Politik Deutschlands gegenüber diesem Regime verschärft wird?

Das iranische Regime ist in keiner Weise vertrauenswürdig. Ich unterstütze daher bei der Positionsfindung der AfD eine Politik der multilateralen Eindämmung des Irans. Das Atomabkommen ist nicht wieder aufzunehmen (Linie Trump), die



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Arbeitsgemeinschaft Bonn

Vermittlungsversuche der EU (zuletzt auf dem Weg indirekter Gespräche zwischen den USA und Iran) sind einzustellen. Einer Ausweitung der Anreicherung von Uran durch den Iran ist mit energischen Maßnahmen zu begegnen, nämlich (a) durch Ausweitung und Verschärfung der Sanktionen und (b) mit den klassischen Mitteln der Abschreckungspolitik.

- 5.) Werden Sie sich im Deutschen Bundestag dafür einsetzen, dass das Islamische Zentrum Hamburg (IZH) verboten wird?

Ja. Ein solches Verbot ist ein sinnvolles Element im Zusammenhang der Eindämmung des Irans.

- 6.) Wie werden Sie im Deutschen Bundestag darauf hinwirken, dass gegenüber dem iranischen Regime angesichts der bis zu 60 % hohen Anreicherung von Uran bei den erneuerten JCPoA-Verhandlungen Konsequenzen gezogen werden?

Siehe Antwort auf Frage 4.

- 7.) Die Stadt Bonn pflegt seit vielen Jahren freundschaftliche Beziehungen zu der Stadt Tel Aviv-Jafo. Wie würden Sie sich - in Absprache mit der Stadt Bonn - einbringen, um diese Freundschaft zu befördern und zu vertiefen?

Durch Teilnahme an Besuchsdelegationen. Der AfD-Kreisverband Bonn hat auf seiner Homepage im Jahr 2018 Leitlinien seiner Arbeit veröffentlicht, die auch das Verhältnis zu Israel betreffen: <https://www.afd-bonn.de/partei/leitlinien/>. Darin heißt es: „Antisemitismus in sämtlichen Formen jüdenfeindlicher Äußerungen, Tendenzen, Ressentiments, Haltungen und Handlungen ist mit den politischen Maximen des AfD-KV Bonn unvereinbar. Das schließt auch den sekundären Antisemitismus in seinen verschiedenen Spielarten ein. Der AfD-Kreisverband Bonn ist sich der besonderen Verantwortung Deutschlands gegenüber den jüdischen Gemeinschaften hier und dem Staat Israel vor dem Hintergrund der von Deutschen an Juden in der Vergangenheit begangenen Verbrechen bewusst. Wir respektieren das heutige Israel als starken demokratischen Staat im Nahen Osten und unterstützen die Pflege deutsch-israelischer Beziehungen in verschiedenen Formen des Austauschs von Personen, Ideen und Gütern.“

Der Text der Leitlinien ist von dem hier unterzeichnenden Direktkandidaten der AfD Bonn für die Bundestagswahl 2021 verfasst worden.

- 8.) Welche Initiativen würden Sie ergreifen, damit die an die palästinensische Autonomiebehörde gezahlten Steuergelder nicht mehr dafür missbraucht werden, Kinder in Schulen mit terroristischen Rollenvorbildern (wie zum Beispiel der verherrlichenden Abbildung der Terroristin Dalal Mougrabi in einem Schulbuch) antisemitisch, menschenverachtend und Terror verherrlichend zu erziehen?

Für die Unterstützung der Palästinensischen Autonomiebehörde durch die Bundesregierung in Form projektbezogener Zuwendungen sind die EU-Ratsschlussfolgerungen vom Juli 2014 grundlegend. Kritischer Punkt sind die staatlichen Durchführungsorganisationen und das Projektpersonal, denen die



DEUTSCH-ISRAELISCHE GESELLSCHAFT E.V.

Arbeitsgemeinschaft Bonn

Prüfung, Evaluation und Revision der Projektrealisierung obliegen. Angezeigt ist daher eine genaue Inspektion der Berichte der Durchführungsorganisationen, ggf. die Identifizierung von Verantwortlichen für missbräuchliche Mittelverwendungen und ggf. deren dienstrechtliche Belangung.

- 9.) Welche Initiativen werden Sie in den Deutschen Bundestag einbringen, damit die Palästinensische Autonomiebehörde und die PLO nicht mehr Terroranschläge gegen Juden mit monatlichen Terror-/ Märtyrerrenten honorieren?

Ich werde mich auf dem Antragsweg dafür einsetzen, dass die sechs Empfehlungen des Mideast Freedom Forum Berlin aus seiner Studie „Sozialhilfe für Gewalt und Terror?“ von 2018 als Auftrag an die Bundesregierung ergehen.

Bonn, den 2. September 2021

Prof. Dr. Hans Neuhoff

Leiter der Programmkommission NRW
Mitglied der Bundesprogrammkommission
Direktkandidat BTW 2021 im Wahlkreis Bonn
Mitglied des AfD-Bezirksvorstands Köln
E-Mail: hans.neuhoff@afd.nrw

